

An den Vorsitzenden des
Deutschen Gewerkschaftsbunds
Bundesvorstand
z. Hd. Herrn Michael Sommer
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Aachen, im Februar 20123

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Sommer,

mit Verwunderung und Sorge haben wir in den letzten Tagen aus den Medien von Ihrem Treffen mit der Bundeswehr, in Person des obersten Dienstherrn „Verteidigungsminister“ de Maizière, in Ihrem Hause erfahren.

Mit Verwunderung deshalb, weil wir stets der Überzeugung waren und sind, dass die Bundeswehr kein üblicher und normaler Arbeitgeber ist und die Aufgabe der dort Beschäftigten unauflöslich mit der Aufgabe des Kriegführens und des Tötens verbunden ist. Menschen die sich für diesen Berufsweg entscheiden, müssen sich bewusst sein, in den Krieg zu ziehen und im Auftrag der Regierenden zu töten. Deutschland befindet sich mittlerweile in 12 Auslands- bzw. Kriegseinsätzen weltweit.

Wir waren bisher der Annahme, dass dies auch die Sicht der Gewerkschaften sei. Was hat dann aber der DGB mit dem „Kriegsminister“ zu besprechen? Und wo liegen die gemeinsamen Interessen?

Mit Sorge deshalb, weil wir den drohenden Verlust eines langjährigen Partners fürchten, der in den zurückliegenden Jahren stets an unserer Seite war, wenn wir gegen Kriegseinsätze und für Frieden demonstrierten.

Schon das Schweigen des DGB etwa zum Thema Kampfdrohnen und zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren und zur Beförderung des verantwortlichen Kommandeurs Georg Klein zum General, der für den Einsatz in Kundus (bei dem mehr als 100 Menschen meist Zivilisten getötet wurden) verantwortlich war, hat uns verwundert.

Auch der Aufruf des DGB zum Antikriegstag war aus unserer Sicht widersprüchlich und „zäh“ wie etwa in dem Satz: „...In Erinnerung [an den Kriegsbeginn 1.9.1939] erneuert der Deutsche Gewerkschaftsbund anlässlich des Antikriegstages sein Bekenntnis zu Frieden Arbeitskreis Antimilitarisierung und Solidarität der Völker und fordert den Vorrang ziviler Konfliktlösungen vor militärischen Interventionen...“ Wieso Vorrang? Am Ende dann doch Krieg?

So blieb in Ihrem Gespräch mit de Maizière nach Medienaussagen die Erklärung des obersten Dienstherrn der Bundeswehr unwidersprochen als er die Bundeswehr in Friedensmissionen sieht: „Die Gewerkschaften sind Teil der Friedensbewegung. Und ist nicht auch die Bundeswehr Teil der Friedensbewegung?...“

Die Zeit der Konflikte zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr scheint offenbar vorbei. Sie haben offensichtlich im Gespräch mit de Maizière jede kritische Bemerkung vermieden: „Egal, wie wir zur Frage von Auslandseinsätzen stehen“, man müsse alles dafür tun, „die Soldaten anständig auszurüsten“. Bei dem „Gedankenaustausch“ habe man über die Aufgaben der Bundeswehr in der Gesellschaft, die Personalentwicklung der Zivilbeschäftigten, die Zukunft der Rüstungsindustrie und über den Einsatz von Kampfdrohnen gesprochen.

„Es war wirklich ein sehr tolles Gespräch mit einem sehr offenen Minister“, so werden Sie zitiert.

Unsere Haltung zur Notwendigkeit einer Bundeswehr und ihrem Einsatz haben die Mitglieder des Aachener Friedenspreis auf ihrer MV 2008 formuliert und einstimmig verabschiedet: „Kampfeinsätze der Bundeswehr sind kein Mittel der Politik“.

(http://www.aachener-friedenspreis.de/uploads/media/Beschluss_der_MV_14.11.2008.pdf).

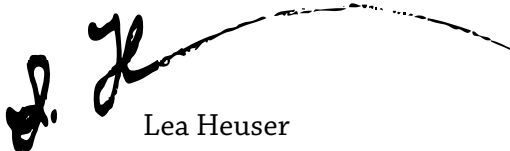
An dieser Position hat sich für uns nichts geändert!

Wir wären sehr erleichtert und würden es ausdrücklich begrüßen, wenn sich der DGB unserer Position anschließen könnte.

Wir erwarten Ihre Antwort mit großem Interesse.

Mit friedlichen Grüßen

i. N. der Mitglieder des AK Antimilitarisierung



Lea Heuser

Pressesprecherin des AFP



Gerhard Diefenbach

Sprecher des AK Antimilitarisierung